

Hintergrundinformationen zum Thema Landgrabbing



1. Was versteht *Gemeinsam für Afrika* unter Landgrabbing?

Gemeinsam für Afrika definiert Landgrabbing als Investitionen in Pacht oder Kauf von Landflächen, bei dem Investoren die Rechte und Bedürfnisse ländlicher Bevölkerungsgruppen, die das Land bearbeiteten und davon lebten, ignorieren. Dies ist der Fall, wenn eines oder mehrere der folgenden Kriterien erfüllt sind:

- Menschenrechte der lokalen Bevölkerung werden verletzt.
- Existierende Landtitel oder Gewohnheitsrechte der Landnutzung, auch von Nomaden, indigenen Bevölkerungsgruppen oder Frauen, werden nicht beachtet.
- Die lokale Bevölkerung wird nicht konsultiert oder informiert.
- Die sozialen und ökonomischen Auswirkungen, insbesondere für Frauen, und die Umweltfolgen werden ignoriert.
- Es werden intransparente Verträge ohne klare und verbindliche Verpflichtungen zur Beschäftigung der lokalen Bevölkerung und ohne Nutzen für diese abgeschlossen.
- Demokratische Planungsprozesse, unabhängige Überprüfungen und echte Mitsprache werden umgangen.

2. Welches Ausmaß hat das Landgrabbing?

Nach der aktuellen „Land Matrix“, die die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit mit internationalen Forschungseinrichtungen erstellt hat, wurden in den vergangenen zehn Jahren weltweit über 80 Millionen Hektar Land aufgekauft oder gepachtet. Am stärksten von Landgrabbing betroffen sind ausgerechnet sieben der ärmsten afrikanischen Länder: Äthiopien, Sudan, Mozambik, Tansania, Madagaskar, Sambia und die Demokratische Republik Kongo. Dies sind Länder mit ernststen Hungerproblemen. Viele der Landübernahmen betreffen Flächen, auf denen vor der Landnahme Nahrungsmittel für die örtliche Bevölkerung angebaut wurden. Seitdem im Jahr 2007/2008 die Nahrungsmittelpreise explodiert sind, haben Kauf und Pacht von Landflächen enorm zugenommen.

466 internationale Landtransaktionen über mindestens 34 Millionen Hektar Land verzeichnet die Matrix für die Länder Afrikas. Zum Vergleich: Die landwirtschaftliche Nutzfläche der Europäischen Union (EU-27) umfasst insgesamt 178 Millionen Hektar.

Botschafter
Anne Will und Wolfgang Niedecken

Gemeinsam für Afrika e.V.
Stralauer Platz 33
10243 Berlin

Gemeinsam für Afrika e.V.
Postbank Köln
Spendenkonto 400 400 508
BLZ 370 100 50

info@gemeinsam-fuer-afrika.de
www.gemeinsam-fuer-afrika.de

Tel. 01805 873 873
Festnetz 0,14 Euro/Min.
Mobilfunk max. 0,42 Euro/Min.

Vereinsregister VR 0719

Hintergrundinformationen zum Thema Landgrabbing



3. Welche Rolle spielt Wasser beim Landgrabbing?

Investoren suchen insbesondere Landflächen mit fruchtbaren Böden, die in Regionen mit guten Niederschlägen und, wenn möglich, in der Nähe von Flüssen oder Seen gelegen sind.

Wasser ist heute schon noch knapper als Land. Ohne Wasser kann keine kommerzielle Landwirtschaft betrieben werden. Deswegen spielt die Verfügbarkeit von Wasser zusammen mit der Fruchtbarkeit der Böden eine zentrale Rolle bei der Auswahl der Landflächen.

4. Welche Länder sind betroffen?

Mehr als die Hälfte des Kaufs bzw. der Pacht von Landflächen findet in Afrika statt, dem Kontinent, der besonders von Hunger und Armut geplagt ist. Im Visier der Investoren sind offensichtlich insbesondere arme Länder, die nicht über gute Regierungsführung und starke institutionelle Rahmenbedingungen zum Schutz der lokalen Bevölkerung verfügen.

Bekannt gewordene Landgeschäfte betreffen u.a. folgende Länder Afrikas: Äthiopien, Burkina Faso, Ghana, Kamerun, Madagaskar, Senegal, Südsudan, Sudan, Uganda, Mosambik, Tansania, und die Demokratische Republik Kongo.

5. Wer sind die Käufer/Pächter?

Die Preisexplosion bei Nahrungsmitteln im Jahr 2007/2008 hat Regierungen, die bereits heute oder in naher Zukunft auf Nahrungsmittelimporte und andere Rohstoffe angewiesen sind, dazu veranlasst, in das Geschäft mit Land einzusteigen und sich den Zugang zu Nahrungsmitteln und anderen Ressourcen (z.B. Holz, Mineralien, Energiepflanzen, Futtermittel) zu sichern. Das trifft insbesondere auf die reichen Erdölstaaten und die Schwellenländer China, Indien und Südkorea zu. Außerdem wachsen rein spekulative Investitionen in Land, da Investoren, Banken und Investmentgesellschaften – auch aus Europa - eine erhebliche Wertsteigerung von Land in naher Zukunft erwarten.

6. Landverkäufe und Verpachtungen hat es immer gegeben, warum werden sie jetzt zum Problem?

Landnahme in anderen Kontinenten fand seit der Kolonialzeit statt. Allerdings haben das Ausmaß und die Geschwindigkeit, mit der Landgeschäfte getätigt werden, den letzten Jahren deutlich zugenommen. In den zehn Jahren vor 2008 wurden im Schnitt nur vier

Hintergrundinformationen zum Thema Landgrabbing



Millionen Hektar jährlich aufgekauft oder gepachtet. Für das Jahr 2009 beziffert die Weltbank den Kauf bzw. die Pacht von Landflächen auf 45 Millionen Hektar, eine Steigerung um das Zehnfache. Nach den neuesten Zahlen ist insbesondere in den letzten zwei Jahren ein weiterer starker Anstieg zu beobachten. In Anbetracht einer wachsenden Weltbevölkerung und der begrenzten Ressourcen Land und Wasser ist dies äußerst problematisch. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern haben bereits heute oft mangelnden Zugang zu Land und Wasser. Immer mehr werden von ihren Flächen vertrieben und haben zu wenig Land, um ihre Familien zu ernähren.

7. Wie kann sich die betroffene Bevölkerung wehren?

Die Möglichkeiten der lokalen Bevölkerung, sich zu wehren, sind leider begrenzt, weil allzu oft keine verbindlichen Regeln und keine ausreichende Rechtsstaatlichkeit existieren. Gerichtliche Klagen dauern oft übermäßig lange und kosten hohe Anwaltsgebühren. Dieses Geld haben Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, nomadische Viehzüchter und indigene Gemeinschaften häufig nicht. Und selbst wenn es Gerichtsurteile in ihrem Sinne gibt, werden sie, wie aktuell in Uganda, von Regierungen und Unternehmen ignoriert.

Mitgliedsorganisationen von *Gemeinsam für Afrika*, wie beispielsweise *Oxfam*, helfen Betroffenen in mehreren Ländern, ihre Probleme bekannt zu machen und den politischen Druck auf Regierungen bzw. Investoren zu erhöhen. *Oxfam* unterstützt zudem auch ganz konkret, indem Betroffene juristische Beratung erhalten, um ihre Interessen besser vor Gericht und gegenüber ihrer Regierung vertreten zu können.

8. Wie könnte man das Problem lösen? Was fordert *Gemeinsam für Afrika*?

Aktuell sollte ein Moratorium für alle großen Landtransaktionen in Betracht gezogen werden, um eine weitere Zuspitzung der Situation zu vermeiden. Von Menschenrechtsverletzungen betroffene Vertriebene müssen entschädigt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Bestehenden Landrechten muss Vorrang vor Investoren-Interessen eingeräumt werden, auch dort, wo Gewohnheitsrechte bestehen und Land seit Generationen bewirtschaftet wird. Ebenso sollten Frauen die gleichen Landrechte wie Männer erhalten. *Gemeinsam für Afrika* drängt auf die Schaffung von Regeln, die von Firmen und Regierungen gleichermaßen respektiert werden.

Hintergrundinformationen zum Thema Landgrabbing



Gemeinsam für Afrika fordert, dass

- die Transparenz verbessert wird, damit die Verträge und ihre Konditionen nachvollziehbar sind;
- die Betroffenen im Vorfeld informiert und konsultiert werden;
- demokratische Entscheidungsprozesse eingehalten werden;
- verbindliche Regeln international vereinbart werden, damit die Menschenrechte geschützt und negative Auswirkungen für arme Menschen, insbesondere für Frauen, und für die Umwelt vermieden werden.

Gemeinsam für Afrika ist ein Bündnis von 23 Hilfsorganisationen, das sich im Rahmen einer bundesweiten Kampagne für bessere Lebensbedingungen in Afrika einsetzt. Unter dem Motto STOPP ARMUT UND HUNGER stellt das Bündnis in diesem Jahr die Ernährungssicherheit in den Fokus der Aktionen. Die zunehmende schädliche Praxis des Landraubs ist eine der Ursachen für Hunger und Armut in Afrika.

10. Was tut *Gemeinsam für Afrika*?

Die Unterstützung und Förderung der Ernährungssicherheit der Menschen in Afrika ist für die Hilfsorganisationen von *Gemeinsam für Afrika* ein Schlüssel zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele. Weniger Armut und eine nachhaltige Nahrungsmittelsicherung sind zentrale Ziele von *Gemeinsam für Afrika*. Schirmherr der Kampagne ist Bundespräsident Joachim Gauck. Kampagnenbotschafter sind Anne Will und Wolfgang Niedecken.